

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einsch. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 9. April 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 41

### Die kommunistische Offensive

#### IV. Aufbarmachung durch die Reaktion

Was man von vornherein als das Ergebnis des Generalsputsches der verbündeten Kommunisten und Sozialisten annehmen konnte, ist eingetroffen: die gesamte Reaktion greift mit allen Händen gierig nach diesem fetten Sappen, um sich als die großen Ausbeuter der so grobschlächtig selbst verschuldeten Niederlage der Kommunisten zu produzieren. Da bogelt es Vorwürfe gegen Förling und Severing, die nicht energisch genug mit den staatlichen Machtmitteln eingegriffen haben sollen, vor allem die Reichswehr nicht zur Aktion heranzuziehen. Daß das Militär im allgemeinen nur in Bereitschaft gehalten wurde, wenn es auch vereinzelt im Notfall zur Verwendung kam, ist gerade ein Verdienst der jetzt noch überwiegend sozialdemokratischen Regierung Preußens; selbst in der wilhelminischen Ära wurde darauf geachtet, in kritischen Zeiten mit der Polizei auszukommen. Da das kleine republikanische Heer noch vom Geiste der „militärischen Notwendigkeiten“ aus der Kriegszeit erfüllt ist, wofür speziell die Zerstörung des Leipziger Volkshauses im März 1920 eine einleuchtende Erinnerung bleibt, kann es nur begrüßt werden, daß die leitenden sozialdemokratischen Männer Preußens (Braun, Severing) sich nicht von dem Drängen der bürgerlichen Reichsregierung, Reichswehr zum Einsatz zu bringen, bestreiten ließen. Die Reaktion hat es sogar fertig gebracht, Arbeiterverbände des mitteldeutschen Bergbaues die Regierung durch Telegramme bestürmen zu lassen, daß auch die Arbeiter und Angestellten nach dem Eingreifen der Reichswehr verlangen! Das ist ein ebenso frecher Schwundel als der während des Generalsputsches von den Kommunisten mehrmals verübt, daß die Gewerkschaftshartelle und die Arbeiter beider sozialdemokratischen Richtungen sich gleichfalls für die kommunistische Aktion erklärt hätten. Es darf auch in dieser Beziehung nicht nach dem russischen „Vorbild“ gehen, wo die kommunistischen Machthaber bei Revolven mit den allerhöchsten Mitteln zugreifen. Die sogenannte Sipo hat bei uns vollkommen genügt. Wenn auch dabei einige Übergriffe vorgekommen sein sollten, so muß wohl berücksichtigt werden, daß die Handlungen der skrupellos Aufgehobten auf der andern Seite das oft genug verdunkelt haben. Die Erschießung des Elektrikers Spil im Berliner Polizeipräsidium durch einen Schuhmann, woraus die Berliner Kommunisten sofort wieder Kapital schlagen konnten, ist allerdings kein entschuldbarer Akt; hier muß das eingeleitete Strafverfahren Klärung und Sühne bringen.

Aber die Reaktion greift höher als nach einer Kommunistenhebe m. l. Hilfe des staatlichen Apparats, sie will die alte Regierungskoalition, die Preußen von dem Odium der traditionellen Rückständigkeit schon zu einem guten Teil befreit hat, nicht wieder auflösen. Der Ausgang der Preußenwahl, die von den Kommunisten durch ihre an einem Teile der Arbeiterschaft vorgenommene Verhehlungskur und dadurch herbeigeführte Wahlenthaltung ebenfalls in einem bestimmten Maße verfauldet worden ist, gibt ihr Courage dazu. Da hier auch Gründe der Parteifaktik mitsprechen, so muß man sich auf das Ausprechen der Erwartung beschränken: Wenn es sich nur um eine Ausbeutung der kommunistischen Meißeloffensive von reaktionärer Seite handelt, dann erst recht nicht Platz gemacht! Dann kann die Kommunistenhebe auch schnell abgetan werden. Eine neue bürgerliche Regierung in Preußen aber wird sie zur Einstellung kommen lassen, und dann wird die Arbeiterschaft im allgemeinen mitgetroffen werden davon.

Die Reaktion ist durch den Generalsputsch erst richtig mobil geworden. Vielleicht haben das die kommunistischen Strategen auch in ihre Rechnung eingekalkuliert, weil es ihnen an einer durchschlagenden Parole fehlte. Die Arbeitermehrheit ist aber kein Versuchskanarienvogel für die Moskauer Unterbongen, denn die politische wie die ökonomische Reaktion wird für ihre Geißel ja doch nicht Genüge finden an dem kommunistischen Zwiebelkuchen,

die will vielmehr die gesamte politische wie gewerkschaftliche Arbeiterschaft an die Kandare nehmen. Deshalb ist alles, was die Kommunisten an „Aktionen“ unternehmen, immer ein Warnungssignal für alle Arbeitergruppen und Organisationsrichtungen.

Was die reaktionäre Presse jetzt alles hervorprudelt an Herzenswünschen, läßt sich kaum aufzählen, aber unsere Leser wissen in diesem Falle ja eingermahnen, warum es geht; wir haben in den Nrn. 28, 29 und 31 schon etwas die reaktionäre Kiste aufgemacht. Es kann vielleicht bald zu einer weiteren Befassung damit im „Korr.“ kommen, wenn die Herrschaften sich nicht mit der deutlichen Erklärung abfinden, daß ihre Rechnung an der allen Umständen von der nichtkommunistischen Arbeiterschaft durchkreuzt werden wird, falls sie ihre Konjunkturpolitik weiter betreiben wollen.

In München herrscht die größte Befriedigung über den Kielengienstreich der Kommunisten. Herr Sahr hat den zu einer persönlichen Intervention über die Entwaffnungsangelegenheit erschienenen Vizepräsidenten Heinze abblitzen lassen. Die „Notwendigkeit“ der Orgesch ist bei der bayerischen Reaktion nun einfach über jeden Zweifel erhaben: die Kommunisten fordern doch zu Selbstschußorganisationsstellen glatt heraus. Sa, für das „unbedachte“ Preußen usw. ist jetzt die Wiederführung der Orgesch das „Gebot der Stunde“. Auch in Pommern und Mecklenburg, wo gar nicht gespult worden ist, wird schon dieier Stellungsur ausgeföhnt. Es würde also, wenn es allein nach dem Wunschzettel der Reaktion ginge, das gerade Gegenteil eintreten von dem, was die Kommunisten begehren. Abgesehen von dem Verlangen in dem „Offenen Briefe“ vom 8. Januar: „Sofortige Entwaffnung und Auflösung aller bürgerlichen Selbstschußorganisationen und Bildung proletarischer Selbstschußorganisationen“ in allen Ländern und Gemeinden, ein Glasfüßel kommunistischer Logik. Man weiß, daß durch den Verfallter Vertrag derartige Einrichtungen allgemein verboten sind, will aber auch noch solche proletarischen Charakters bilden. Dabei sollten ebendrei die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien mitmachen!

Die Einsetzung von Sondergerichten zur Aburteilung der mit Straftaten befassten Aufsteilnehmer scheint uns leider schon ein Erfolg der Reaktion zu sein. Diese auf die Reichsregierung zurückgehende Maßnahme könnte mit praktischen Gründen nur dann gerechtfertigt erscheinen, wenn es sich lediglich darum handeln würde, die überlasteten ordentlichen Gerichte nicht noch mehr zu überbürden und die wegen leichter Vergehen Angeklagten nicht durch lange Unteruchungshaft extra zu bestrafen. Aber das Verfahren bei diesen bereits fälligen Sondergerichten ist ja dermaßen „vereinfacht“, daß von einer geordneten Rechtsprechung auch bei gutem Willen der beteiligten Richter nicht mehr die Rede sein kann. Deswegen muß hier noch eine Änderung eintreten, ehe es zu spät ist, was der Reichstag bei seinem Zusammenritte nach den Osterferien sofort zu erleben hat. Lieber denn doch längere Unteruchungshaft als eine solche Schnelljustiz! Die Staatsanwaltschaft hatte sonst das Recht, nach ihren Ermittlungen das Verfahren einzustellen, falls eben nichts weiter vorliegt als Beteiligung an dem unsinnigen Osterputsch; aber hier soll eine gerichtliche Voruntersuchung nicht stattfinden, auch ist keine Verurteilung gegen Verurteilungen möglich, sondern nur das Wiedernahmeverfahren. Da die Erledigung von schweren Fällen sowieso dem ordentlichen Verfahren vorbehalten bleiben kann, so sollte man die Plünderer, Erpresser, Missetäter und Totschläger sämtlich bis zuletzt zurückstellen, damit io der ehrenwerten Junkt der mitwirkenden Provokateure richtig nachgepörrt werden kann. Diese bezahlten Spiegefiguren der Reaktion können sonst zu leicht aus dem Gedränge entweichen, sie sind aber Verbrecher wie die andern. Es ist jetzt daran zu erinnern, daß im Jahre 1919 eine Berliner Persönlichkeit aus dem Wirtschaftsleben erstärkte, die Spartafiguren hielten Gelder aus industriellen Streifen empfangen — schwachvoll für beide Teile. Wer gemeine Handlungen begangen hat, soll entsprechend be-

straft werden. Bei Ausbruch der Revolution galt ja auch bei der Volksjustiz Plündern als schweres Verbrechen. Was aber in der Mehrzahl verhasst sein wird, kann schnell zur Aburteilung kommen, doch es muß streng gerecht dabei hergehen. Die Bewaffung allein darf nicht schwere Bestrafungen begründen, weil in Bayern das ja noch „von Staats wegen“ zugelassen ist, auch muß der ausgeübte Terror in Verächtlichkeit gezogen werden, bei Jugendlichen noch ihre Verführung, und von der Bewährungsrat ist weitgehendster Gebrauch zu machen. Eine Nachahmung der bolschewistischen Justiz, wie sie z. B. den Moskauer Buchdruckerfunktionären und auch Genossenschaftsführern gegenüber zur Anwendung gekommen ist (siehe Nr. 29 und 37), selbst nur annähernd so etwas darf es in Deutschland, wo die Arbeiter noch nicht das Selt in den Händen haben, auf keinen Fall geben. Keine Klassenjustiz, weil wirkliche oder angebliche Kommunisten in Betracht kommen, sondern eine gerecht und sorgfältig waltende Rechtsprechung nach dem befehlenden Geheiß! Man luche die wirklichen Missetäter und Gewalttäter zu packen und lasse die nur Mitgegangenen oder durch Aufhebung verrückt Gemachten mit einem blauen Auge davonkommen.

Die Reaktion hat alle Veranlassung, dem beizutreten, denn die Schandtat der ihrer Atmosphäre entstammenden Vogel, Miller, Kessel, Marloh, der beim Ludowik-Prozess in Betracht kommenden Offiziere und der Marburger Zeitfreiwilligen sind ungeführt gebliebene Gegenstände zu den kommunistischen Freveln. Die deutsche Rechtsprege hat bis in die jüngsten Tage dadurch schon schwere Sätze erfüllt. Es muß dringend gewarnt werden, nun in das Gegenteil zu verfallen und an Arbeitern Gempel zu statuieren, was man an Sprößlingen der Bourgeoisie wegen der noch nicht ausgetrotzten Bevorzugung des Militärs sich nicht getraute. Der gleichfalls strafrechtlich noch unerledigte Sapp-Putsch vom März 1920, dessen Hauptmacher die Reichsregierung dreißig verböhnen und die zum Teil immer auf neue Revolven im Interesse der Reaktion ausgehen, ist eine ebenso dringende Warnung an die Justiz und die Regierung, jetzt den Bogen zu überspannen.

Die Arbeiterschaft wird nach einer viel besseren Methode die kommunistischen Feuer zum Erlöschen bringen. Der Anfang ist diesmal gut gemacht, und es kann gelingen, wenn die Reaktion auf Aufbarmachung der kommunistischen Offensive verzichtet. Tut sie das nicht freiwillig, dann wird sie als Missetäterin dazu gezwungen werden von der Mehrheit der Arbeiterschaft, die zu den Kommunisten in Gegnerschaft steht, aber keine Kommunistenhebe unter ausnahmerechtlichen Umständen dulden wird!

#### V. Die Anwendung für die Arbeiterschaft

Im Frühjahr 1919 haben wir das Thema „Der Parteikrieg und die Gewerkschaften“ in einer längeren Artikelserie instruktiv behandelt. Dabei pallierten die drei Arbeiterparteien Deutschlands Revue in ihrem Verhalten zu den Gewerkschaften. Sie sind alle nicht rein in diesem Punkte, versuchten sämtlich, sich die Gewerkschaften botmäßig zu machen. Was die damals allein bestehende SPD, an uns Buchdruckern speziell in der Tarifgemeinschaftsfrage genügend hat, war ein jahrelang im „Korr.“ zu verlesender Streik. Der uns in der zweiten Hälfte der 90er Jahre angehängte Arbeitererrat gehört aber zu den erledigten Sachen. Wir Buchdrucker haben uns bereits der Selbstständigkeit unfres Handelns gegenüber der politischen Bewegung noch eher durchgesetzt als die Gewerkschaften im allgemeinen. Die USPD, hatte auch ihre Sturm- und Drangperiode gegenüber den Gewerkschaften bzw. mehr den „Bongen“. Da ging es ebenfalls scharf her, und der „Korr.“ führte (1917) mit der „Leipziger Volkszeitung“ im besondern die schönsten Artikelkämpfe auf. Die USPD, hält heute zu Amsterdam und bekämpft die Moskauer Gewerkschaftsbegleitung. Die MSPD, orakelte schon als Spartaclub über die Notwendigkeit der „Liquidierung der Gewerkschaften“ (1917) und entwickelte sich mit der Zeit als eine Refirworterin der Gewerkschaften, aber nur in dem Sinne einer Eroberung durch die kommunistische Partei,

wozu auch die von Moskau aufgestellten Richtlinien dienen. Das ist schlimmer als offene Bekämpfung, denn die ewige Versicherung, keinerlei Zerstörungsabsichten zu haben, ist für die Rab'.

In Buchdruckerangelegenheiten beschränkt man sich mehr auf das, was die eigenen Anhänger in den Versammlungen oder in der „Roten Fabrik“ zu tun gedenken.

Es muß jedoch festlich gemacht werden. Unre leibliche Chauvinisten haben ohne große Debatte sich auf den Standpunkt gestellt, in puncto kommunistische Umtriebe eine abwartende Stellung einzunehmen.

Der Gewerkschaftsbund für die Arbeiterkassen im Lande hat den letzten Vorgängen heraus ist ungewißheit im

Gange. Er ist in der Gewerkschaftsbewegung am notwendigsten, wo der Kommunismus sich sein eigentliches Operationsfeld gesucht hat.

Die Forderung der Kommunisten hat mit dem Trennungsparteitag in Halle a. S. begonnen. Die Unabhängigen sind dadurch zwar geschwächt worden, aber diese reinliche Schwelung war notwendig, denn die Kommunisten benutzten sie nur als Vorwand.

Die kommunistischen Strategen — nicht ihre Anhänger und Nachfolger an sich — haben von dem unabhängigen Zentralorgan „Freiheit“ während der „großen Aktion“ die denkbar schärfste Abgabe erhalten.

Wir erklären ganz offen: Feilheit und unverantwortlich gehandelt wäre es, wollte man zu diesem Treiben schweigen und die anonymen Helfer gewähren

lassen. Unre Solidarietät und die Solidarietät unrer Parteigenossen ist nicht mit denen, die sich durch eine solche Hebe unbekannter Mittelreiter in Bewegungen hineinreiben lassen, deren Endergebnis die Niederlage sein muß.

Eine Tzage darauf haben in Hamburg zwei Kommunisten, die bekannnten sogenannten Nationalbolschewisten Kaufmannberg und Wolfheim, auf die auch die Gründung der RPD zurückzuführen ist, durch Einsprüche dieses Verfalls noch verhörrt, auf denen sie von „irrinnigen Verbrechern“ sprechen, die durch die „üblichen Vorkampfmethothen“ dem Tod zahlreicher Menschen herbeigeführt haben.

Er muß aber auch von Innen heraus tödlich gefährdet werden; nicht zuletzt im Interesse der Gewerkschaften. Die heutigen kommunistischen Oskern waren politischer Herkunft, wenn man von der indirekten Befolgung einer noch viel zu großen Zahl von Gewerkschaftlern absehen will.

Die durch die von Moskau aufgestellten Richtlinien dienen. Das ist schlimmer als offene Bekämpfung, denn die ewige Versicherung, keinerlei Zerstörungsabsichten zu haben, ist für die Rab'.

## Karl Grbblich

(\* 8. April 1821, + 18. Dezember 1898.)

Karl Grbblich hat für uns Buchdrucker keine Bedeutung, als er mit Stephan Bort, der auch politischer Revolutlonär war und später Anstoßlektorprofessor in der Schweiz wurde, und Hermann Annelieher, dem Milchbuchdrucker (Machenhilte), das Trümpfblatt der 1848er deutschen Buchdruckerbewegung bildete.

Das Klassenwesen wurde von Grbblich und Annelieher schon gut ausgebildet. Grbblich hatte auf seinen Reisen als Agitator auch schöne Erfolge. Die politischen Verfolgungen wurden aber immer stärker.

auch aufkommende Uneinigheit trug zum Zerfall bei. Die durch die von Grbblich und Annelieher geleiteten „Mitteilungen“ noch veruchte lose Verbindung war schließlich auch nicht mehr aurtrettlich zu halten.

Geboren am 8. April 1821 zu Strallund, kam Grbblich mit seinem Vater, einem Schuhmacher, 1829 nach Berlin und mußte hier schon früh als Arbeitslose sein Brot verdienen.

Nun hatte er Gelegenheitsarbeit, durch Selbststudium und Privatunterricht an seiner Vorbildung zu arbeiten. Nebenbei begann er Gedichte zu reimen, mit der Schere wider aus schwarzem Papier zu schneiden und mit dem Schustermesser Reliefs aus Santenrinde zu schneiden.

Zu seinen Arbeiten mit „Feber und Schere“ verwendete er seine Sonntage und Freistunden. Die Ergaenisse seiner Muße nannte er „Blumen am Wege“.

Schriften: „Blumen am Wege“, 1851, 2. Auflage als Gedichte, 1862. — „Fabeln und Erzählungen“, I,

1854. — „Silhouetten“, 1855. — „Neue Silhouetten und Reime“, II, 1857. — „Sünftes Mitterlet“ (Fabeln, Nlecken mit Silhouetten), 1857. — „ABC in Silhouetten und Reimen“, 1855. — „Mutterberg, u goldner Stern“, 1864. — „Herabblätterns rotes ABC“, 1869. — „Nigen Entolgen“ (Plattdeutsche Reime und Silhouetten), 1859. — „Pfeilmei und Weiden“ (Kinderlieder und Silhouetten), 1876. — „Kleine Blumen, kleine Blätter“ (Schadly zu Poio-graphien), 1880. — „Blumen am Wege“ (Nieder, Erzählungen, Fabeln und Märchen mit Bildern und Silhouetten) 1883.

Seine 1851 erschienenen Gedichte brachten ihn mit den bedeutendsten Dichtern und Schriftstellern Berlins in Berührung. Bald darauf folgte er der Anregung seines Verlegers, Silhouetten und Reime für große und kleine Kinder schreiben zu lassen, und damit hatte Grbblich den Weg betreten, der ihn dem ganzen deutschen Volke bekannt machen sollte.

Grbblich war durchaus ein Künstler; er war der feinfingrigste Techniker der Schere, der je gelebt hat, er zeichnete mit ihr wie mit dem Stifte, zeichnete in den Gelbdruckurteilen oft winseliger Maßstäbe sogar wie unter der Lupe mit ihr (siehe Karl Grbblichs „Schattenschnitt“); herausgegeben vom „Kunstwart“, München (1914).

Er zeigte in seinen Kompositionen sehr viel natürliches Künstlergefühl für Raumverteilung. Manche kleine Sachen von ihm sind geradezu Meisterstücke darin. Auch hatte er einen besonderen persönlichen Schönschmelz, der beispielsweise in Kindergedichten nach ihm „lebenden“ kleinen Leuten sein charakteristischeres kunn.

Karl Grbblich starb am 18. Dezember 1898 zu Berlin. Seine Grabstätte befindet sich auf dem Alten Georgenkirchhof in der Landsberger Allee zu Berlin.





# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mit einzulösen.

Beilage zu Nr. 41 — Leipzig, den 9. April 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## □□□□ Gewerkschaftsrevue □□□□

Wirtschaftliche Kräfte wirken heute mehr noch als vor dem Kriege fördernd auf die Anbahnung internationaler Verbindungen ein. Besonders ist es der Arbeiterchaft in den maßgebenden Ländern darum zu tun, die internationale Solidarität von neuem zu pflegen und zu festigen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die erste gewerkschaftliche Internationale, zu der Karl Legien auf dem hamburgischen Arbeiterkongreß im August 1901 den Grund legte, die Forderungen nicht erfüllt hat, die man auf sie setzte. Aber dennoch wäre es falsch, daraus zu schließen, daß die nach dem Weltkrieg auf einer neuen und breiteren Grundlage unter veränderten Zeitverhältnissen wiedererrichtete Gewerkschaftsinternationale abermals nur in Scheinbäse führen müßte. Gegen eine solche Annahme reden die tatsächlichen Verhältnisse in den angeschlossenen Ländern denn doch eine zu überzeugende Sprache. Eine interessante neue Statistik über die internationale Gewerkschaftsbewegung erstreckt sich auf 20 Länder und zeigt die Entwicklung der Gewerkschaften in der Zeit von Ende 1910 bis Ende 1919. Insgesamt wurden 1910 rund 10.830.000 Organisierte gezählt, deren Zahl bis Ende 1919 auf 32.680.000 angewachsen war. Folgende Zahlen ergeben sich für die einzelnen Länder:

	1910	1919
Deutschland	2.960.000	9.090.000
England	2.400.000	8.024.000
Ver.igte Staaten	2.100.000	5.607.000
Frankreich	977.000	2.500.000
Italien	817.000	1.800.000
Österreich	200.000	772.000
Belgien	139.000	750.000
Schweiz-Elmaschei	100.000	657.000
Niederlande	302.000	628.000
Spanien	157.000	625.000
Ungarn	80.000	500.000
Japan	120.378	378.000
Dänemark	124.000	360.000
Schweden	115.000	339.000
Schweiz	75.000	224.000
Spanien	41.000	211.000
Norwegen	47.000	144.000
Portugal	57.000	100.000
Finnland	15.000	41.000
Sibirien	7.000	20.000

Später-Bilder für Deutschland, sind auch die Anwesenheit gewerkschaftlicher Mitarbeiter. Die Reichsarmee von fast 33 Millionen organisierter Arbeiter, die durch die gleiche Not, durch dasselbe Schicksal und Kräfte nach Freiheit, nach einer besseren, gerechten Gesellschaftsordnung zusammengeführt ist, stellt eine Weltmacht dar.

Niemand vermag sich anzuschließen dessen der Erkenntnis zu verschließen, daß eine Weltrevolution im Gange ist. Freilich nicht eine nach bolschewistischem Rezept „gemachte“ Revolution, sondern eine solche, die sich allmählich vollzieht. Nur im langamen Umwandlungsprozeß vermag sich Bleibendes zu gestalten. „Der Sozialismus wird so wenig an einem Tag oder in einem Jahre verwirklicht werden, wie der Kapitalismus an einem Tag oder in einem Jahre verwirklicht wurde. Er ist kein Kunstprodukt, das zu einer bestimmten Stunde angefangen und an einem bestimmten Tage fertiggestellt wird, sondern ein Organismus, der sich langsam entwickelt und wächst, und während er sich ausbreitet, aus seiner Umgebung alles an sich zieht und in sich aufnimmt, was seinem Wachstum förderlich ist. Man kann daher nicht sagen, der Sozialismus werde verwirklicht werden, wenn die Massen dafür reif seien. Die Entwicklung des Sozialismus selber, zuerst als Idee und sodann als Gesellschaftszustand, ist die Revolverung der Massen.“

Es ist aber auch ein Umstand, die Befolgung der sozialkapitalistischen Wirtschaft und ihre Erhebung durch die Weltgemeinwirtschaft in einem einzelnen Land, auf nationalem Boden reiflos verwirklichen zu wollen. Nur in internationaler Zusammenarbeit ist es möglich, das gesteckte Ziel zu erreichen. Gerade im gegenwärtigen Stadium der Weltwirtschaft, wo der Entente-Kapitalismus wahre Orgien feiert, wo unter dem Unternehmerium der Siegerstaaten eine ganze Kette von internationalen Verbindungen besteht, die sich auf Traktat und Finanzaktionen gewaltigster Art gründen, hängt von der Haltung der Arbeiterchaft gegenüber dem Privatkapitalismus in den betreffenden Ländern ungemessen viel ab; sie bildet schließlich das entscheidende Moment in der gegenwärtigen Situation. Mit Spannung verfolgt die deutsche Arbeiterchaft, für die der Schloßvertrag von Versailles mit seinen neuerlichen Verwicklungen nach eine Steigerung der an sich schon großen Not und Arbeitslosigkeit bedeutet, wie ihre Arbeitsbrüder im Auslande, namentlich in England, Frankreich und Amerika, den Kampf gegen die Selbstmordpolitik der allierten Machthaber und damit auch gegen die individualistische private Produktionsweise führen. Die Schadenerlöspolitik des Entente-Kapitalismus erweist sich immer deutlicher als verhängnisvoll für die ganze europäische Arbeiterchaft.

Dem französischen Gewerkschaftsbunde, der Confédération Générale du Travail, der sich gegen die Haltung der französischen Regierung in der Schadenerlöspolitik gegenüber Deutschland gewandt und diese Hal-

lung genehmigt hat, ist neuerdings das Exekutivkomitee der englischen Arbeiterpartei (Labour Party) und der parlamentarische Ausschuß des englischen Gewerkschaftskongresses gefolgt. In einer gemeinsamen Tagung haben die beiden maßgebenden Vertretungen der englischen Arbeiter ein Manifest beschlossen, das ein vernünftiges Urteil über die Politik der Entente-Mächte fällt. Die Ursachen der Wirtschaftskrise, die gegenwärtig auf England laftet, lägen größtenteils außerhalb des Landes. Ganz Europa sei durch den Krieg verarmt. Die riesige Tributforderung, die die Entschädigungsbefehle enthalten, werde die Absatzmöglichkeit für englische Waren in Deutschland noch weiter verringern. Eine Bestimmung des Friedensvertrags nach der andern habe dazu beigetragen, den Ruin zu vollenden, den der Krieg begann. Deutschland werde mit Recht zur Arbeit aufgefordert, um seine Entschädigungszahlungen zu ermöglichen. Aber der Vertrag, der ihm diese Verpflichtungen auferlege, nahm ihm seine Handelsmarine und drei Viertel seines Eisenerzes, verringerte die Rohstoffzufuhr für seine Industrie, ließ die Banken und Geldbörsen, die allein seinen auswärtigen Handel vermitteln. Sowohl im Namen der Humanität wie im Interesse der englischen Arbeiterchaft müsse dagegen Protest erhoben werden. Deutschland würde gezwungen sein, 42 Jahre lang nur die notwendigen Lebensbedürfnisse einzuführen. Das bedeute, daß die englische Wirtschaft sich nicht wieder erholen könne, und daß als Folge die Arbeitslosigkeit steige. Die Überflutung des Weltmarktes mit Gütern, die tatsächlich durch Zwangsarbeit hergestellt sind, werde die englischen Arbeiter einer noch nie dagewesenen Form der Konkurrenz gegenüberstellen. Am Schluß des Manifestes wird betont, daß die augenblickliche Arbeitslosigkeit in England die direkte Folge seiner selbstmörderischen auswärtigen Politik ist, weshalb nicht nur eine nachträgliche Prüfung der Entschädigungsforderungen, sondern auch eine Änderung der Gesamtpolitik der Alliierten gegenüber Zentraleuropa und Rußland verlangt wird. Für eine friedliche Verständigungs- und gegen jede Gewaltpolitik lautet die Parole der englischen organisierten Arbeiterchaft. Die Selbstmordpolitik der kapitalistischen Machthaber der Entente konnte gar keine stärkere Brandmarkung finden. Nicht nur in Deutschland, sondern auch im gesamten Auslande findet die entlichene Stellungnahme der englischen Arbeiter ein Echo, weil man je länger um so deutlicher erkennt, daß es der Entente-Kapitalismus ist, der die Völker Mittel- und Ost-Europas, auf Generationen hinaus zum Schanden sein zwingen will.

Auf ein bemerkenswertes Moment möge in diesem Zusammenhang noch nebenbei hingewiesen sein. Lord George, der gefürchtete Verächter der kapitalistischen Interessen und dabei ein sehr nüchtern und kühl kalkulierender Politiker, lobte in einer Unterhausrede über das englisch-russische Abkommen höchst verächtlich Lenin und die andern russischen Führer als lächerliche Männer, weil sie die Marxsche Doktrin aufgeben. Den Arbeitermitgliedern des englischen Parlaments empfahl der alte schlaue Fuchs, dem russischen Beispiel zu folgen. Wenige Tage später rief Lord George außerhalb des Parlamentes zum Kampfe gegen die Sozialisten auf, indem er für den Zusammenschluß zur Bekämpfung des Sozialismus eintrat! Er erklärte, die große Gefahr sei der phänomenale Aufstieg der Arbeiterpartei. Der Sozialismus bezwecke Zerstörung alles dessen, was andre seit Generationen mühsam aufgebaut hätten. Man müsse die große Wählerkraft aufheben, damit, wenn die schwere Stunde gelände, das Wohl Englands ihrer Sorge anvertraut werden könne. Zu diesem Appell Lord Georges zur Bekämpfung des Sozialismus steht dessen Lob der Moskauer Kommunisten in höchstem Gegenlatz. Es zeigt sich eben deutlich, daß Lord George in einer sozialistisch gefärbten, disziplinbewussten Arbeiterchaft eine viel größere Gefahr erblickt als in kommunistischen Wortathleten nach russischem Muster. Wie Lord George in England, so sucht auch der französische Ministerpräsident Briand in seinem Lande die Stimmen der Vernunft aus den Reihen des Gewerkschaftsbundes durch laute Phrasen zu überhören. Welchen Staatsmännern wird es nicht gelingen, für die unerfüllbaren Diktate der Entente die nötige Grundlage zu schaffen. Die Arbeiterchaft wird vielmehr der kapitalistischen Komarilla ein Fall gebieten und sie zwingen, eine im Interesse aller europäischen Völker liegende Politik zu treiben.

Ebenso wichtig wie das ablehnende Verhalten der französischen und der englischen organisierten Arbeiterchaft gegen die kapitalistische Machthaber der Entente erscheint die Stellungnahme des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Weltwirtschaftskrise auf seiner Konferenz in Amsterdam am 31. März und 1. April. An dieser Konferenz nahmen zeitweise auch Vertreter der einzelnen parlamentarischen Fraktionen sowie des Exekutivkomitees der zweiten Internationalen teil, die ebenfalls um die gleiche Zeit in Amsterdam versammelt waren zum Zwecke der Prüfung der durch das Scheitern der Londoner Verhandlungen geschaffenen Situation. Die Vertreter der internationalen Gewerkschaften wie auch der politischen Internationales waren erfolgreich bemüht, eine Grundlage zu schaffen zur praktischen Lösung der Reparationsfrage. Die auf eine Verhinderung und Verfrüchtung

ableitenden einmütigen Beschlüsse der gewerkschaftlichen und der politischen Internationales werden sicherlich ihren moralischen Eindruck auf alle zivilisierten Völker nicht verfehlen. Uns interessiert hier naturgemäß mehr die Beschlüsse der Internationalen Gewerkschaftskonferenz. Sie stellt in der angenommenen Resolution den Gebet der Regierungen fest, für das Problem der Reparation eine ausschließlich finanzielle Lösung gesucht zu haben, die mit Rücksicht auf die Situation der Weltwirtschaft zu keinem Resultat führen kann. Sie betont weiter, daß angesichts der Ohnmacht der kapitalistischen Regierungen, aus dem durch den Krieg entstandenen Chaos herauszukommen, die internationale Solidarität der Arbeiter einseitig werden muß, um dem Problem eine Lösung zu geben, und daß die Gewerkschaften ihre Macht aufbieten sollen, um ihre Regierungen zu Verhandlungen und Verständigungen zu bringen. Sie erklärt, daß diese Lösung in einem freundschaftlichen Zulassen wirken der Völker gesucht werden und auf den baldigen Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Provinzen und die Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft auf der Basis einer gegenseitigen Hilfe abzielen muß. Sie nimmt die bestimmte Erklärung der deutschen Gewerkschaftsorganisationen zur Kenntnis, wonach diese die Verpflichtung Deutschlands zur Reparation der durch den Krieg verursachten Verwüstungen anerkennen. Die Internationale Gewerkschaftskonferenz erklärt nach Kenntnisnahme dieser Feststellungen, daß es Pflicht der Entente-Regierungen ist, Deutschland unverzüglich in den Wiederaufbau einzunehmen und die Errichtung eines internationalen Reparationsinstituts zu betreiben, das mit dem Studium der technischen Organisation der allgemeinen und finanziellen Verwaltung der Wiederaufbauarbeit zu betrauen ist. Dieses Institut soll zusammengesetzt werden aus Vertretern der Arbeiterorganisationen und Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes, aus technischen und industriellen Vertretern und den offiziellen Vertretern der beteiligten Nationen. Die zu schaffenden Sektionen für „Technik“, „Finanzen“, „Arbeiterangelegenheiten“ und „Materialien“ würden gewissermaßen den Verwaltungsrat dieses internationalen Instituts bilden. Um die Arbeiten des Wiederaufbaues ins Werk zu setzen und ihre Fortsetzung zu sichern, sollen von dem internationalen Institut unter Garantie des Völkerbundes internationale Anleihen ausgeben werden. Die Abtragung dieser Schuld einschließlich der Verzinsung, hat durch die Weltwirtschaft in Zukunft zu erfolgen. Die Arbeiter Deutschlands sollen darüber wissen, daß die hierfür nötigen Summen hauptsächlich von den Kapitalisten aufgebracht werden, die aus dem Kriege Nutzen gezogen haben. Schließlich wird es, um dieses Ziel zu erreichen, für angezogen gehalten, daß die Arbeiterchaft in den beteiligten Ländern eine Kampagne führt, um ihre Regierungen zu veranlassen, die von der organisierten Arbeiterchaft vorgeschlagene Lösung zu akzeptieren.

Hierzu dürfte die diesjährige Mailänder den willkommenden und passendsten Anlaß bieten. Der Internationale Gewerkschaftsbund erteilt zu diesem Zweck bereits einen klaren Aufruf an die Arbeiter der gesamten Welt, der sich gegen reaktionäre Bestrebungen und gegen den Entente-Kapitalismus wendet. Darin heißt es u. a., in diesem Jahre müßten die Arbeiterverbindungen am 1. Mai probatlicher denn je werden. Die Reaktion in allen Ländern werde immer kühner. Die Bourgeoisie widerlebe sich mit steigender Energie den gerechten Forderungen der Arbeiter. Die Arbeiterorganisationen seien von Seiten der Regierungen Verfolgungen ausgelegt. Die Bemühungen der Vertreter des Großkapitals, die Regierungen unter Vormundchaft zu bringen, würden jeden Tag stärker. Man müsse sich erinnern an die Greuelen, die gegen die Kameraden in Irland, in Finnland, in Spanien und in den Vereinigten Staaten von Amerika begangen worden seien. Man müsse sich ferner erinnern an den Widerstand, der in allen Ländern die Verbesserung der sozialen Lage, namentlich aber die Begrenzung der Arbeitszeit erfordere. Schließlich müsse der absolute Mangel an gutem Willen betont werden, den die Vorkämpfer des Völkerbundes zeigten, um die wirtschaftliche Wiedererhebung Europas herbeizuführen dadurch, daß sie sich weigern, das Wechselkursproblem zu lösen, daß sie sich ferner weigern, die Verteilung der Rohmaterialien für die Industrie zu organisieren. Durch die Nachlässigkeit der Regierungen und der Kapitalisten wird sich die Arbeitslosigkeit überall vergrößern und infolgedessen der schlechte Ernährungszustand in den Arbeiterfamilien vergrößern. Anstatt rasch und energisch die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen durch Unterfütterung der Länder, deren Wechselkurs entwertet sei, und durch Begünstigung einer rationalen Verteilung der Rohmaterialien, machten sich die Leiter des Völkerbundes verantwortlich beispielsweise für die Arbeitslosigkeit der Bergarbeiter in England, Frankreich, Belgien und Holland, während zu gleicher Zeit die deutschen Bergarbeiter gezwungen wären, Überstunden zu leisten. Ferner müsse an die Anstrengungen der Bourgeoisie aller Länder erinnert werden, die Sozialisierung der Produktionsmittel zu verhindern. Mehr denn je müßten sich deshalb die Arbeiter zusammenschließen. Der 1. Mai müsse der Ausgangspunkt einer energischen

